



Aktueller Begriff

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

60 Jahre Deutscher Bundestag – Die parlamentarischen Schauplätze

In den vergangenen 60 Jahren tagte der Deutsche Bundestag in nicht weniger als acht verschiedenen Plenarsälen in sechs verschiedenen Gebäuden. Standen den 402 Abgeordneten des Ersten Deutschen Bundestages in Bonn zunächst nur 68 Büros mit je knapp 11 m² zur Verfügung, umfasst das Parlamentsviertel in Berlin heute mehrere Tausend Büro- und Sitzungsräume. Das Reichstagsgebäude und die markante Kuppel besuchten seit dem Umzug nach Berlin mehr als 15 Millionen Menschen.

Bonn – vom Museum König zum ersten Plenarsaal

Auf der Suche nach einem Tagungsort für den verfassungsgebenden Parlamentarischen Rat hatte sich Bonn Mitte August 1948 gegen Karlsruhe, Koblenz, Frankfurt am Main und Celle durchgesetzt. Die Stadt schien geeignet, den provisorischen Charakter der Gründung eines „Weststaates“ zu symbolisieren. Der Parlamentarische Rat kam zwar am 1. September 1948 im Bonner Zoologischen Museum Koenig zur Eröffnungsfeier zusammen, die Arbeit am Grundgesetz fand aber in der am Rhein gelegenen Pädagogischen Akademie statt. Sie war im Bauhausstil vom preußischen Regierungsbaumeister Martin Witte entworfen und zwischen 1930 und 1933 erbaut worden. Ohne Gewähr dafür, dass Bonn zukünftig Parlamentssitz sein würde, begannen bereits im Februar 1949 Bonn und das Land Nordrhein-Westfalen mit der Erweiterung der Akademie. Der neue Plenarsaal, den der Architekt Schwippert an die bisherige Turnhalle der Akademie anfügte, war mit 1000m² rund 340m² größer als der des alten Reichstagsgebäudes in Berlin. Die architektonischen Leitmotive des umgebauten Akademiegebäudes waren Transparenz und Helligkeit. Es sollte ein Provisorium ohne Pathos sein. Die Sitzordnung war der des Reichstagsgebäudes nachempfunden. Fünf Tage nach dem Richtfest wählten die Mitglieder des Parlamentarischen Rates am 10. Mai 1949 Bonn mit 33 zu 29 Stimmen gegenüber Frankfurt/M. zum „vorläufigen Sitz der Bundesorgane“. Der Bundessitz wurde nicht in das Grundgesetz aufgenommen. Zu Beginn der 1950er Jahre wurde der Plenarsaal um sechs Meter verlängert, da dem Deutschen Bundestag ab der 2. Wahlperiode rund 100 Abgeordnete mehr angehörten, auch mussten die Zuschauertribünen erweitert werden. An der Stirnseite erhielt der Plenarsaal einen vom Kölner Bildhauer Ludwig Gies gestalteten Bundesadler. Die Erweiterungen wirkten improvisiert und unterstrichen den Charakter Bonns als Provisorium. Eine städtebauliche Planung fand nicht statt, der Bund mietete zunächst Bürokomplexe privater Investoren.

Die Umgestaltung des Bonner Regierungs- und Parlamentsviertels

1962 berief Bundestagspräsident Gerstenmaier eine Kommission zur Neuordnung des Parlamentsviertels ein. Hier reifte die Idee, ein Hochhaus zu bauen, in dem alle Abgeordnetenbüros und Sitzungssäle untergebracht werden könnten. Das neue Gebäude wurde nach dem politischen Mentor der Umgestaltung, Eugen Gerstenmaier, liebevoll „Langer Eugen“ genannt. Der Wechsel vom Provisorium hin zu einem auf Dauer angelegten Parlamentsviertel setzte sich in den 1970er Jahren fort. In Verbindung mit einer großen Parlamentsreform wurden auch bauliche Veränderungen ins Auge gefasst. Obwohl zahlreiche Entwürfe erarbeitet wurden, entschloss sich der Deut-

Nr. 69/09 (27. August 2009)

Das Dokument gibt nicht notwendigerweise die Auffassung des Deutschen Bundestages oder seiner Verwaltung wieder und ist urheberrechtlich geschützt.

Eine Verwertung bedarf der Zustimmung durch die Leitung der Abteilung W.

sche Bundestag 1981 wegen der angespannten Haushaltslage zunächst für den Abbruch aller Planungen. Erst 1984 entschied sich die Baukommission des Deutschen Bundestages angesichts des Mangels an Bürofläche für einen viergeschossigen Neubau des Architekten Joachim Schürmann. Die Entscheidung für den Bau war auch Ausdruck der beabsichtigten umfangreicheren politisch-kulturellen Selbstdarstellung der Bundesrepublik in Bonn. Die Bauarbeiten begannen 1989, nach Hochwasserschäden während der Bauphase wurde das Gebäude erst 2002 fertig und beherbergt heute die Deutsche Welle.

„Wasserwerk“ und „Behnisch-Bau“

Der schlechte Bauzustand des alten Plenarsaals zwang das Parlament, vom 9. September 1986 an für eine Übergangszeit in einem umgebauten Ersatzplenarsaal zu tagen, dem „Wasserwerk“. Nur 404 der damals 519 Abgeordneten fanden dort feste Plätze. Im Bedarfsfall wurden weitere Stühle aufgestellt. Am 5. Juni 1987 entschied sich der Deutsche Bundestag für den Abriss des alten Plenarsaals und einen Neubau mit kreisrunder Sitzordnung. Im Herbst 1992, über ein Jahr nach der Entscheidung für den Umzug des Parlaments nach Berlin, war der nach seinem Architekten benannte „Behnisch-Bau“ fertig gestellt. Ein heller, transparenter und repräsentativer Parlamentsbau mit nur einem Nachteil: Er stand in der falschen Stadt. Am 1. Juli 1999 fand die letzte Sitzung des Deutschen Bundestages in Bonn statt. Im „Behnisch-Bau“ tagen seitdem nationale und internationale Konferenzen.

Das Reichstagsgebäude während der Zeit der deutschen Teilung

Das durch den Brand von 1933 beschädigte Reichstagsgebäude war 1945 eine Ruine. Blockade und Teilung Berlins verhinderten den 1947 vom Gesamtberliner Magistrat beschlossenen Abriss. Lediglich die einsturzgefährdete Kuppel wurde 1954 gesprengt. Das in West-Berlin gelegene Gebäude wurde rasch zu einem Symbol für die deutsche Einheit. 1960 schrieb der Bund einen Umbauwettbewerb aus, den der Architekt Paul Baumgarten gewann. Wesentliche architektonische Merkmale des 1973 abgeschlossenen Umbaus waren die Bemühungen, der Monumentalität des alten Baus klare und transparente Strukturen im Innern entgegenzusetzen. In die erhaltene Hülle wurde ein eigenständiger moderner Neubau gesetzt. Die Wiedererrichtung einer Kuppel scheiterte an der Bundesbaudirektion. Wiederholt fanden zwischen 1955 und 1958 Sitzungen des Deutschen Bundestages in Berlin im Großen Hörsaal des Physikalischen Instituts der Technischen Universität, später in der neu erbauten Kongresshalle statt, letztmalig am 7. April 1965. Tiefflieger der Sowjets flogen über die Kongresshalle, um die Sitzung zu stören. Seit 1971 untersagte das Vier-Mächte-Abkommen Sitzungen des Deutschen Bundestages in Berlin. Die parlamentarische Nutzung des Reichstagsgebäudes beschränkte sich nach dem Umbau deshalb auf Ausschuss- und Fraktionssitzungen. Darüber hinaus fanden u. a. Ausschusssitzungen des Bundesrates, der Länderparlamente, Sitzungen europäischer Institutionen, Festveranstaltungen und Gedenkfeiern statt. Die Wandelhalle wurde von 1971 bis 1994 für die Ausstellung „Fragen an die Deutsche Geschichte“ genutzt. Eine Außenstelle der Bundestagsverwaltung war im Obergeschoss untergebracht.

Umbau des Reichstagsgebäudes und Neubauten im Parlamentsviertel

Nach der Deutschen Einheit und der Entscheidung für den Umzug des Parlaments von Bonn nach Berlin beschloss die Baukommission des Ältestenrats des Deutschen Bundestages 1991 die parlamentarische Nutzung des Reichstagsgebäudes. Die Abgeordneten waren allerdings bei den drei Sitzungen, die 1990 und 1991 im Reichstagsgebäude stattfanden, zu der Überzeugung gelangt, dass das Gebäude als Parlamentsgebäude nicht geeignet sei. Der Deutsche Bundestag lobte daraufhin 1992 einen Umbauwettbewerb aus, von dem auch Antworten auf Fragen nach dem Umgang mit dem baulichen Erbe erwartet wurden. Von den 80 Wettbewerbsteilnehmern überzeugte der Entwurf von Sir Norman Foster die Abgeordneten. Nur an der Frage der künftigen Dachgestaltung entzündete sich ein Streit. Für eine Kuppel stand Foster zunächst nicht zur Verfügung, stellte dann aber einen zylinderartigen Aufbau und eine Kuppel vor. Mit einer Stimme Mehrheit entschieden sich die Abgeordneten für die Kuppel. Foster erklärte, der Deutsche Bundestag habe sich für die schlechtere Variante entschieden. Doch schon vor der Schlüsselübergabe am 19. April 1999 hatte sich die Kuppel einen Platz im Bildergedächtnis der Menschen erobert und wurde zum Symbol für die neue Bundeshauptstadt. Neben dem Reichstagsgebäude entstanden mit dem Paul-Löbe-Haus, dem Marie-Elisabeth-Lüders-Haus und dem Jakob-Kaiser-Haus drei Büroneubauten.

Verfasser/in: Dr. Jörg D. Krämer, Fachbereich WD 1, Geschichte, Zeitgeschichte und Politik,
Tel.: (030) 227-38633